

NACHRUF

Herr Johann Gogl wurde am 12. Jänner 1945 in St. Johann in Tirol geboren. Nach absolvierter Schulzeit war er im elterlichen Betrieb beschäftigt. Seine weitere berufliche Laufbahn führte Johann Gogl nach Kufstein, wo er zunächst als Kraftfahrer bei einer großen Handelskette und dann als Omnibuslenker bei der Post tätig war.

Im Jahr 1975 wurde Hans Gogl beim Unterinntaler Volkstrachten-Erhaltungsverein „D´Koasara“ aufgenommen und wirkte im Vereinsgeschehen als

1977 bis 1982 – Vereinswirt
1981 bis 1982 – Beisitzer im Ausschuss
1983 bis 2000 – 1. Vorstand
ab 2000 2. Vorstand

Im Jahr 2000 erfolgte die Ernennung zum Ehrenobmann.

Die Geschicke des Trachtvereins „D´Koasara“ hat Hans Gogl in seiner 17-jährigen Obmann Tätigkeit massiv geprägt. In seine Amtszeit fallen nicht nur viele Großveranstaltungen in Kufstein, wie zum Beispiel anlässlich des 600 Jahr-Jubiläums der Stadt Kufstein, Landestrachtenverband- bzw. Unterinntaler Trachtenverbandsfest, sondern auch die schwierige Zeit nach dem Brand des Vereinsheimes.

Hans Gogl hat es immer verstanden, die „Koasara“ für unser Brauchtum und unsere Tradition zu motivieren.

Hans Gogl wurden zahlreichen Ehrungen zuteil:

1988 Ehrenzeichen in Silber vom Landestrachtenverband
1988 goldenes Ehrenzeichen TV „D´Koasara“
1991 silbernes Ehrenzeichen vom Unterinntaler Trachtenverband
1993 Ehrenzeichen in Gold vom Landestrachtenverband
1996 Verdienstmedaille des Landes Tirol

In Anerkennung seiner besonderen Verdienste in Bezug auf den Unterinntaler Volkstrachten-Erhaltungsverein „D`Koasara“ und die Stadt Kufstein wurde Herrn Johann mit Stadtratsbeschluss vom 26.03.2001 das Ehrenzeichen für Kunst und Kultur der Stadt Kufstein verliehen.

Am Mittwoch den 16.09.2020 verstarb Herr Johann Gogl. Die Stadt Kufstein wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.



Antrag an den Kufsteiner Gemeinderat
gemäß § 41 Abs 1 TGO, betreffend

Dringlicher Zusatzantrag zum wirksamen Schutz der Kufsteiner Bürger*innen vor einer massiven Lärm- Mehrbelastung durch das Lärmschutz-Sanierungsprojekt der ASFINAG an der A12, zwischen Kufstein-Nord und Kufstein- Süd.

Begründung:

Die ASFINAG hat 2019 mit Sanierungsmaßnahmen der Lärmschutzwände an der A12 begonnen, diese Sanierungsmaßnahmen wurden 2020 abgeschlossen. Die Fahrbahnsanierung läuft gerade. Speziell auf der Höhe von Kufstein-Zell, Hippbichl-Thierberg und Kufstein-Morsbach hat die Erneuerung der Lärmschutzwände zu einer massiven Lärm-Mehrbelastung, in den Augen der Anrainer*innen geführt. Es wurden bereits ca. 120 Unterschriften gesammelt und an das OGF übergeben, die die Wahrnehmung der Bürger*innen belegen. Gründe dafür können bauliche Veränderungen sein (Höhe der Wände, tieferes Fundament, Versetzen der Wände). Nachdem die Sanierungsmaßnahmen die Kufsteiner*innen betreffen, stellen wir an den Kufsteiner Gemeinderat den Antrag seine Bürger*innen vor Lärm zu schützen und hierfür geeignete Maßnahmen zu setzen. Die Willensbekundung 80km/h für PKW und 60 km/h für LKW auf der A12 zwischen Kufstein-Nord und Kufstein-Süd ist zu begrüßen. Dieser Schritt, der von der Grünen Verkehrsministerin Leonore Gewessler umgesetzt wird, braucht zuvor aber noch andere Schritte, um einen wirksamen Schutz der Anwohner*innen zu gewährleisten. Wir wollen sicherstellen, dass wir die ASFINAG nicht aus ihrer Verantwortung entlassen, die Kufsteiner und Kufsteiner*in vor Autobahnlärm zu schützen.

Antrag:

Der Kufsteiner Gemeinderat möge beschließen, dass alle notwendigen Schritte in der richtigen Reihenfolge unternommen werden um die Kufsteiner Bürger*innen, speziell in Zell, Morsbach und am Hippbichl, vor einer Lärm-Mehrbelastung zu schützen. Diese Schritte sollten in folgender Reihenfolge abgearbeitet werden.

1. Einwirken auf die ASFINAG und Vertreter*innen der Landesverwaltung bzgl. einer Bauabnahme der Sanierungsmaßnahmen und der Erstellung eines Lärmgutachtens.
2. Erstellung eines unabhängigen Gutachtens (zusätzlich zur Lärmmessung der ASFINAG) welches die Planung und Umsetzung der getätigten Sanierungsmaßnahmen überprüft.
3. Beratung mit Vertreter*innen der Landesregierung, Landesverwaltung und der ASFINAG über konkrete Verbesserungsmaßnahmen an den Lärmschutzwänden.
4. Bereitstellung eines Budgetpostens um sicherzustellen, dass zusätzliche Kosten von weiteren Verbesserungsmaßnahmen gedeckt werden können (gemäß Dienstanweisung BMVIT Oktober 2018; Lärmschutz an bestehenden Bundesstraßen; 5.4 „Projekte mit Kostenbeteiligung Dritter“.
5. Einbringen des Resolutionsantrages an die Landes- und Bundesregierung zur Verordnung von 80km/h für PKW und 60 km/h für LKW auf der A12, zwischen Kufstein-Nord und Kufstein-Süd.

07.10.2020

Victoria da Costa

Unterschrift:

V. da Costa

Dem dringlichen Zusatzantrag wird mit 13:8 Stimmen die Dringlichkeit zuerkannt.

Der Zusatzantrag wurde mit 13:8 Stimmen angenommen.

Der Bürgermeister



*Am 13.10.2020
in die Abt VIII weitergeleitet
fu*



Kufstein, am 07.10.2020

RESOLUTIONSANTRAG DES OFFENEN GRÜNEN FORUMS ZUR
GEMEINDERATSSITZUNG AM 07.10.2020

Betreff: Kufstein als Zufluchtsort für Schutzsuchende

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Gemeinderat bekennt sich dazu, dass Kufstein Schutzsuchende besonders aus griechischen Flüchtlingslagern – in denen die Lebenssituation mit am schlechtesten sind, in denen es regelmäßig zu gewalttätigen Eskalationen kommt und in denen sich das Coronavirus ausbreitet und damit einhergehend Covid 19 Erkrankungen häufen – den vorhandenen Kapazitäten nach aufnehmen möchte. Dabei sollen vor allem unbegleitete Minderjährige Schutzsuchende, Familien, Frauen*, LGBTIQA-Personen und andere äußerst vulnerable Personengruppen besonders berücksichtigt werden.

Gleichzeitig erwartet sich der Gemeinderat von der österreichischen Bundesregierung, dass sie sich für einen funktionierenden EU-Verteilungsschlüssel für Schutzsuchende einsetzt, damit diese nicht wie aktuell in Flüchtlingslagern aushalten müssen, in denen oftmals nicht einmal die geringsten menschenrechtlichen Standards erfüllt werden. Auch sollte sich die österreichische Bundesregierung dafür einsetzen, dass staatliche bzw. von der EU finanzierte und abgewickelte bedingungslose und den gesamten Mittelmeerraum abdeckende Rettungsmissionen wieder aufgenommen werden, um Schutzsuchende während ihrer lebensgefährlichen Überquerung des Mittelmeers vor dem Ertrinken retten zu können.

Der Bürgermeister wird daher ersucht mit Vertreter*innen der österreichischen Bundesregierung – insbesondere Vertreter*innen der ÖVP und des Innenministeriums –, im Sinne der oben genannten Punkte Gespräche aufzunehmen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Erledigung zugewiesen.



Der Bürgermeister

am 14.10.2020
in die Abt. ~~III~~ weisergeleitet
Abt. V Jm



Begründung:

Seit Jahren schaut die Europäische Gemeinschaft dabei zu, wie Schutzsuchende sich unter Lebensgefahr über das Mittelmeer auf den Weg nach Europa machen, um hier ein besseres Leben für sich und ihre Familienmitglieder zu finden, jedoch bei der Überquerung oft ertrinken. Die Fluchtgründe können dabei vielfältig sein, wie etwa Krieg, politische Verfolgung, sexuelle Verfolgung, Entzug der Lebensgrundlage und so weiter – vieles davon auch aufgrund europäischer Interessen.

Gab es vor einigen Jahren noch den Grundkonsens, dass Schutzsuchenden bedingungslos geholfen werden muss, drehten rechtsextreme und -konservative Politiker*innen den Diskurs um, sodass wir heute vor einer Situation stehen, in der es quasi keine staatlichen Rettungsmissionen mehr im Mittelmeer gibt und private Seenotretter*innen kriminalisiert und strafrechtlich verfolgt werden.

Schaffen es die Schutzsuchenden, die lebensgefährliche Überquerung zu überleben, landen sie aufgrund des Dublin-Systems in menschenunwürdigen Auffanglagern in Staaten der EU-Außengrenze, die von den EU-Binnenstaaten quasi allein gelassen werden – wie schnell dies außer Kontrolle geraten kann, erleben wir gerade an der Grenze zwischen Griechenland und der Türkei. Dabei werden in solchen Lagern – innerhalb der EU besonders in Griechenland – nicht nur menschenrechtliche Standards nicht eingehalten, wie mehrere internationale Delegationen schon feststellen konnten. Ein rechter Diskurs und fehlende finanzielle Mittel führen dann zu Lagern, in denen hygienische Standards nicht eingehalten werden können, in denen es immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen kommt und in denen es keinen Schutz gibt. Dies ist insbesondere in der aktuellen Corona-Krise verheerend und der Brand von Moria zeigt nur umso mehr, wie schnell dieses System jene Menschen in Stich lässt, die von diesem abhängig sind.

Diese Situation erkennend, müssen auch wir als Gemeinderat jetzt unseren Anteil zu einer Rückkehr zu einer humanen Flüchtlingspolitik leisten, bevor weitere Menschen an den EU-Außengrenzen zu Tode kommen. Daher soll sich der Kufsteiner Gemeinderat gegenüber der österreichischen Bundesregierung, insbesondere gegenüber den Vertreter*innen der ÖVP, dafür aussprechen, Schutzsuchende besonders aus griechischen Lagern in Kufstein den vorhandenen Kapazitäten nach aufnehmen zu wollen. So können die vorhandenen Strukturen genutzt werden, um den Schutzsuchenden ein menschenwürdiges Leben bieten zu können.

Dabei wären wir nicht allein mit diesem Ansinnen, wie es zum Beispiel mehrere EU-Staaten, viele deutsche Städte und Kommunen, aber auch die zwei Bundesländer Niedersachsen und Berlin aufzeigen, die sich alle für eine unkomplizierte Aufnahme von unbegleiteten Minderjährigen Schutzsuchenden aussprechen.

Kufstein 7. 10. '20

Ort, Datum

V. da Costa

Victoria da Costa

Gemeinderat am 7. September 2020

Anfrage an den Bürgermeister
betreffend:

Vorauszahlungen Operettensommer

Am 9. März 2020 überwies die Stadt Kufstein die erste Teilzahlung an die OperettenSommer VeranstaltungsGmbH in der Höhe von € 108.905,00. Zu diesem Zeitpunkt ging man noch davon aus, dass alle Veranstaltungen durchgeführt werden können. Mitte April war klar, dass der Operettensommer 2020 nicht stattfinden wird.

Für diesen Fall steht in der Vereinbarung:

Die Beiträge vermindern sich jedoch entsprechend, wenn sich durch den Ausfall von Veranstaltungen Einsparungen für die Veranstalterin ergeben.

In der Ausgabe der Tiroler Tageszeitung vom 20. Juni spricht Josef Resch davon, dass er mit einem Verlust von bis zu € 200.000,00 rechnet und er von der Stadt Kufstein einen Betrag von rund € 30.000,00 einfordern muss, um seine Firma nicht in die Insolvenz führen zu müssen. Da jedoch bereits € 108.905,00 überwiesen waren, erhielt die OperettenSommer GesmbH € 78.905,00 zu viel an Vorauszahlungen von der Stadt Kufstein.

Warum wurde der zu viel überwiesene Betrag nicht zurückverlangt?

In Zeiten, wo die Stadt Kufstein selbst einen Kontokorrentkredit in der Höhe von € 1.000.000,00 aufnehmen musste, um die Gehälter pünktlich zahlen zu können, ist dieses Versäumnis nicht nachvollziehbar.

Es wurde zwar vereinbart, dass der Betrag, der zu viel überwiesen wurde, bereits als Anzahlung für 2021 dient. Da zum jetzigen Zeitpunkt immer fraglicher wird, ob der Operettensommer 2021 stattfinden kann, besteht definitiv die Gefahr, dass die Operettensommer VeranstaltungsGmbH insolvent wird, da im Fall einer neuerlichen Absage die Kartengelder von 2020 zurückgezahlt werden müssen. Für die Stadt Kufstein wäre dann in diesem Fall das Geld verloren. Die Liquidität unserer Gemeinde sicher zu stellen, scheint mir doch dringlicher zu sein, als einer Firma ein zinsenloses Darlehen zu gewähren, die im Hintergrund von einer wirtschaftlich bestens aufgestellten Ticket-Firma aufgefangen werden kann.

Gemeinderätin Birgit Obermüller

Antrag

an den Gemeinderat der Stadt Kufstein

betreffend zum Thema Ausbau bzw. Erweiterung des öffentlichen Verkehrs.

Kufstein, am 07.10.2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Hoher Gemeinderat

Aufgrund des stetig steigenden innerörtlichen Verkehrs ist es jetzt an der Zeit den Ausbau und die Erweiterung des öffentlichen Verkehrs in der Stadt Kufstein anzugehen. Vor Jahren wurde bereits die Situation evaluiert und auch eine mögliche Vorgangsweise vorgeschlagen. Genauso wie Kufstein wächst muss auch der öffentliche Verkehr mitwachsen um ein attraktives Angebot für Alle bieten zu können. Auch die Fahrgastzahlen stagnieren in den letzten Jahren, deshalb muss man zuerst das Angebot schaffen, der Erfolg stellt sich dann von selbst ein. Eine Verbesserung des Angebotes öffentlicher Verkehr ist ein wichtiger Teil zur Entlastung der Stadt durch die stetig wachsende Verkehrslawine. Die Stadt Kufstein muss hier vorbildlich vorangehen, denn nur Lippenbekenntnisse sind zu wenig.

Daher stellt „Für Kufstein“ folgenden Antrag.

Der Gemeinderat möge beschließen.

Einen Ausbau und eine Erweiterung der Stadtbuslinien zu forcieren, d.h. eine vierte Linie zu installieren und eine Verkürzung des Intervalls bei Allen Linien um ein besseres Angebot schaffen zu können.

Das bereits vor Jahren erstellte Gutachten bzw. die Expertise, die auch Geld gekostet hat, jetzt umsetzen, der Erfolg stellt sich von selbst ein.

Für Kufstein



Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen zugewiesen.

Der Bürgermeister



Am 12.10.2020
in die Abt IV
weitergeleitet / gm